

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann, Dr. Hans-Peter Bartels, Klaus Barthel, Willi Brase, Ulla Burchardt, Petra Ernstberger, Michael Gerdes, Iris Gleicke, Klaus Hagemann, Christel Humme, Oliver Kaczmarek, Daniela Kolbe, Ute Kumpf, Thomas Oppermann, Florian Pronold, René Röspel, Marianne Schieder, Swen Schulz, Andrea Wicklein, Dagmar Ziegler, Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD**

### **Nationalen Bildungspakt für starke Bildungsinfrastrukturen schaffen**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Bund und Länder tragen gemeinsam Verantwortung für das deutsche Bildungswesen. Dabei hat sich der kooperative Bildungsföderalismus in den vergangenen 60 Jahren besonders bewährt. Die von Bund und Ländern vereinbarten gemeinsamen Initiativen der letzten Legislaturperioden, wie der vereinbarte Ausbau der frühkindlichen Betreuung, das Ganztagschulprogramm und nicht zuletzt die Exzellenzinitiative und der Hochschulpakt 2020, haben das deutsche Bildungswesen weiterentwickelt und voran gebracht. Jenseits der Fragen um konkrete Zuständigkeiten wird es daher auch künftig unverzichtbar sein, dass Bund und Länder kontinuierlich und konstruktiv zusammenarbeiten, um die kommenden bildungspolitischen, innovationspolitischen und volkswirtschaftlichen Herausforderungen erfolgreich zu bewältigen.

Bund und Länder haben gemeinsam entschieden, Bildung und Forschung oberste Priorität zu geben. Noch auf Initiative der Großen Koalition hat 2008 der erste „Bildungsgipfel“ stattgefunden und den jungen Menschen, deren Eltern und den im Bildungssystem Beschäftigten das Versprechen gegeben, die Bildungs- und Forschungsausgaben deutlich auszuweiten. Spätestens 2015 sollen mindestens 7 Prozent des BIP für Bildung und 3 Prozent für Forschung aufgewendet werden. Auf dem zweiten Bildungsgipfel im Dezember 2009 wurde der zusätzliche Mehrbedarf für Forschung auf rund 17 Mrd. Euro, allein für die Bildung auf mindestens 13 Mrd. Euro beziffert. Der Bund hat angeboten, für die Bildung mindestens 40 Prozent oder 5,2 Mrd. Euro der prognostizierten Lücke zu tragen. Unabhängig von der Diskussion, ob das Volumen ausreichend ist oder nicht, könnten die zusätzlichen Mittel erhebliche Verbesserungen im Bildungssystem Deutschlands ermöglichen.

Bund und Länder stehen in der Pflicht, die gemachten Zusagen von Dresden auch und gerade im Kontext der notwendigen Haushaltskonsolidierung einzulösen und die zusätzlichen Ausgaben gemeinsam zu realisieren. Von den auch zur Einhaltung der Schuldenbremse erforderlichen Ausgabenkürzungen im Bundeshaushalt und in den Länderhaushalten müssen die angekündigten Ausgabensteigerungen für Bildung und Forschung unberührt bleiben. Für Steuersenkungen besteht kein Spielraum. Um die beiden Ziele Haushaltskonsolidierung und Bildungsfinanzierung miteinander in Einklang zu bringen sind Einnahmenverbesserungen unumgänglich. Ein Aufschlag auf den Spitzensteuersatz auf sehr hohe Einkommen ist hier ein geeignetes und sozial gerechtes Mittel („Bildungssoli“).

Die Konferenz der Regierungschefs von Bund und Ländern am 10. Juni 2010 muss dabei sicherstellen, dass unbeschadet der Zuständigkeiten und konkreten Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern diese zusätzlichen Ausgaben zum vereinbarten Stichtag 2015 zur Verfügung stehen sowie zur nachhaltigen Stärkung des öffentlichen Bildungswesens genutzt werden.

### **Recht auf Bildung mit einem nationalen Bildungspakt sichern**

Das Recht auf Bildung ist ein Menschenrecht und es kommt jedem Menschen in gleicher Weise zu. Zur Verwirklichung dieses Rechtes muss Bildung als öffentliches Gut gesichert werden. Die gewachsene gesellschaftliche wie individuelle Bedeutung des Bildungserfolgs verlangen zusätzliche Anstrengungen in Deutschland mit dem Ziel, jedem Menschen gleiche Bildungschancen zu sichern und zugleich möglichst alle Bildungspotenziale voll auszuschöpfen. Das bildungspolitische Ziel kann nur eine bessere, qualitative und inklusive Bildung für alle sein und der Weg dahin vor allem über eine nachhaltige Stärkung der öffentlichen Bildungsinfrastrukturen führen.

Den öffentlichen Bildungsinfrastrukturen kommt die zentrale Rolle zu, im gesamten Bildungsverlauf ein möglichst hohes qualitatives Bildungsangebots zu sichern und damit Bildungschancen zu eröffnen und soziale Ungleichheit gar nicht erst entstehen oder sich verfestigen zu lassen. Bildungsqualität und Chancengleichheit sind mit nachlaufenden, zudem befristeten Reparaturmaßnahmen nicht zu gewährleisten. Es braucht dauerhafte und verlässliche Finanzierungsinstrumente für starke Bildungsinfrastrukturen auf Grundlage verbindlicher Vereinbarungen von Bund, Ländern und Kommunen.

Der nationale Bildungspakt muss ein Infrastrukturpakt für ein qualitatives öffentliches Bildungswesen sein. Er muss zeitlich bestimmte und überprüfbare Vereinbarungen zu konkreten Maßnahmen von Bund und Ländern enthalten, über deren Entwicklung die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag mindestens jährlich berichtet. Nur ein solcher Bildungspakt kann das Vertrauen der jungen Menschen, der Lehrenden und ihrer Familien zurückgewinnen. Sie wollen mehr Kita-Plätze, mehr und besser ausgebildete pädagogische Fachkräfte, bessere Schulen, kleinere Klassen, gemeinsames Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung und offene Hochschulen mit einer qualitativen, auch der gesellschaftlichen Verantwortung verpflichteten Lehre. Ohne das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in unsere Bildungsinstitutionen sind alle politischen Anstrengungen umsonst.

In einem nationalen Bildungspakt müssen Bund und Länder daher vereinbaren, gemeinsam die Bildungsinfrastrukturen nachhaltig auszubauen und die dafür notwendigen Mittel bereitzustellen. Die Kommunen sind an den Beratungen zu einem nationalen Bildungspakt von

Beginn an substantiell zu beteiligen. Es gilt, mit einem nationalen Bildungspakt die gemeinsamen Ziele zu stärken und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürgern in ein leistungsfähiges, sozial gerechtes Bildungswesen zu stärken.

### **Bildungspakt für alle Bildungsbereiche sichern**

Elemente für einen nationalen Bildungspakt sind:

#### Frühkindliche Bildung absichern und stärken

Der Bildungspakt muss einen Beitrag leisten, dass der vereinbarte Rechtsanspruch auf Betreuung für Unter-3-Jährige ab 2013 gesichert ist. Zudem bedarf es zusätzlicher Anstrengungen, bis 2013 die notwendigen mindestens 30-40.000 zusätzlichen pädagogischen Fachkräfte aus- und weiterzubilden. Zur Stärkung der Chancengleichheit müssen die Eltern von Kita-Gebühren schrittweise entlastet werden – wie in Rheinland-Pfalz und Berlin bereits geschehen und in anderen Ländern geplant. Schließlich gilt es für die frühkindliche Bildung länderübergreifende Qualitätsstandards durchzusetzen, auch hier eine inklusives Lern- und Betreuungsumfeld zu schaffen und die Betreuungsrelationen soweit möglich zu verbessern. Bund und Länder sollten daher in einem nationalen Bildungspakt diese Ziele verabreden und dabei insbesondere die Länder und Kommunen finanziell in die Lage zu versetzen, sie auszufinanzieren.

#### Bildungsarmut bekämpfen

Der Bildungspakt kann einen Beitrag dazu leisten, dass sich Bildungsarmut nicht über Generationen vererbt. Nicht zuletzt das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Berücksichtigung der Bildungsteilhabe beim Existenzminimum hat verdeutlicht, dass hier ein großer bildungspolitischer Handlungsbedarf besteht. Die in Umfang und Art oft unterschiedlichen Bildungsangebote in den Ländern führen in Verbindung mit der Forderung aus Karlsruhe, allein die jeweils individuelle Lebenssituation bei der Leistungsfestsetzung zu berücksichtigen, zu einer unübersichtlichen und zersplitterten Regelungslandschaft. Einem ersten Schritt zur Angleichung hat der Bund in der vergangenen Legislaturperiode mit dem jährlichen Schulbedarfspaket im SGB II für sozial schwache Familien getan. Bund und Länder müssen dies aufnehmen und flächendeckend einheitliche gemeinsame Mindeststandards der bildungsrelevanten Angebote und Dienstleistungen vereinbaren. Ein Ziel muss dabei sein, dass für alle bedürftigen Kinder etwa über einen Schulsozialfond Teilhabeleistungen gesichert werden, wie ein kostenfreies warmes Mittagessen, die Lernmittelfreiheit oder auch die Teilnahme an Klassenfahrten. Auf diesen Mindeststandard aufsetzend leistet der Bund ergänzend die weitere Berücksichtigung der Bildungsteilhabe im Regelsatz für Kinder.

#### Schulen und Schülerinnen und Schüler stärken

Die Weiterentwicklung der Schulstrukturen in Deutschland ist und bleibt Aufgabe der Länder. Bund und Länder können gemeinsam in einem nationalen Bildungspakt aber Impulse setzen, um die laufenden und kommenden Reformen in den Ländern nachhaltig zu unterstützen. Der Ausbau der individuellen Förderangebote, die Anpassung an die demographische Entwick-

lung und auch die Umsetzung der Schulzeitverkürzung zum Abitur (G8) ist im Rahmen ganztägiger Bildungsangebote angemessener und flexibler möglich. Daher sollten die erheblichen zusätzlichen Mittel dazu genutzt werden, das Ganztagschulprogramm fortzusetzen und schrittweise ein flächendeckendes Angebot aufzubauen. Bund und Länder haben sich auf dem ersten Bildungsgipfel ebenfalls darauf verständigt, die Schulabbrecherzahlen weiter zu senken. Zur Unterstützung dieses Ziels und zur Ausweitung von sozialintegrativen Angeboten muss der nationale Bildungspakt den flächendeckenden Ausbau der Schulsozialarbeit enthalten. Des Weiteren ist zu vereinbaren, dass die durch Ausweitung der Förderangebote und der inklusiven Bildung erzeugten personellen, sachlichen und logistischen Mehrbedarfe ausreichend zu berücksichtigen sind.

### Gehaltvolles Studium sichern – Europäische Hochschulen stärken

Der nationale Bildungspakt kann einen Beitrag zur weiteren Stärkung der kooperativen Hochschulpolitik leisten. Die Leistungsfähigkeit des Art. 91b GG haben Bund und Länder bereits mehrfach eindrucksvoll belegt. Mit der nun vorgeschlagenen Ergänzung des Hochschulpaktes um eine dritte Säule für die Lehre wird eine richtige und wichtige Weiterentwicklung der kooperativen Hochschulpolitik angestrebt. Ein nationaler Bildungspakt muss sicherstellen, dass für dieses Förderziel die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden. So hält der Wissenschaftsrat insgesamt rund 1,3 Mrd. Euro zusätzlich im Jahr für notwendig. Insofern ist das Angebot der Bundesregierung, jährlich rund 200 Mio. Euro zur Verfügung zu stellen, unzureichend. Es ist absehbar, dass die Länder die Gegenfinanzierung nicht in der sachlich notwendigen Höhe werden leisten können.

Hinsichtlich der gegenwärtigen Bologna-Reformdebatte besteht Konsens, dass die Studienreform nachgebessert und zum Erfolg geführt werden muss. Eine Abkehr von Bologna ist keine Option. Erste Schritte haben die Länder und auch die Hochschulen etwa hinsichtlich der Lernbelastungen und Prüfungsichte bereits vereinbart, auch die zeitliche Flexibilisierung von BA-Studiengängen ist auf den Weg gebracht. Ein nationaler Bildungspakt sollte diese Maßnahmen unterstützen und die notwendigen Finanzmittel sicherstellen.

Die Reformdebatte zeigt, dass eine unflexible Umsetzung der Bologna-Reform die europäische akademische Tradition einer umfassenden, disziplinübergreifenden und persönlichkeitsbildenden Ausbildung in gesellschaftlicher Verantwortung nicht ausreichend aufnimmt oder sogar behindert. Dabei bildet dieser Aspekt eine Stärke der (kontinental)europäischen universitären Tradition. Eine Reform der BA-Studiengänge könnte neben einem Mobilitätsfenster zusätzlich wo sinnvoll zusätzlich Zeitfenster für interessenoffene, interdisziplinäre Bildungsangebote vorsehen. Die Idealvorstellung einer Europäischen Hochschule verlangt nach Möglichkeiten eigenverantwortlichen, persönlichkeitsbildenden Lehr- und Lernprozessen. Diese Option könnte in einem nationalen Bildungspakt vereinbart und finanziell unterlegt werden.

### **Bildungsgipfel als Weichenstellung nutzen**

Die Bund-Länder-Konferenz am 10. Juni 2010 bietet eine Chance für eine positive Weichenstellung für das Bildungswesen in Deutschland. Eine Einigung von Bund und Ländern auf die Schaffung eines nationalen Bildungspaktes könnte einen entscheidenden Beitrag dazu leisten.

Die Maßnahmen können weitestgehend im Rahmen der gegebenen Zuständigkeiten erfolgreich umgesetzt werden. Wo die Verfassung aber wie beim Kooperationsverbot in Art. 104b GG Möglichkeiten zur sinnvollen Bund-Länder-Kooperation zu sehr begrenzt, müssen Bund und Länder gemeinsam Lösungen finden und eine Perspektive für kooperative Bund-Länder-Bildungsmaßnahmen auch im Kita- und Schulbereich zu eröffnen.

Vor allem ist es aber notwendig, die Bildungsfinanzierung und insbesondere den in Aussicht gestellten Mittelaufwuchs langfristig auf verlässliche und krisenfeste Grundlagen zu stellen. Denn die Aufgaben fallen kontinuierlich an, erlauben kein Verfallsdatum und begrenzen daher die Erfolgsaussichten reiner Projektmaßnahmen. Die Ausfinanzierung des nationalen Bildungspaktes von Bund und Ländern ist daher möglichst langfristig abzusichern.

Die Konferenz könnte damit ein wichtiges Signal setzen, dass auch und gerade in Zeiten verstärkter Haushaltskonsolidierung die Finanzierung wichtiger Zukunftsfelder wie Bildung, Forschung und Entwicklung gesichert bleibt.

Die Bildungsgipfel könnten mit einem breit getragenen nationalen Bildungspakt das deutsche Bildungswesen entscheidend befördern, wenn Bund und Länder Trennendes beiseite lassen und Gemeinsames zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger betonen. Das Ziel ist hoch gesteckt, aber der Gewinn im Erfolgsfall für alle Beteiligten ist die gemeinsame Anstrengung wert.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- an dem Ziel von Dresden, bis 2015 mindestens 10 Prozent des BIP für Bildung und Forschung aufzuwenden, festzuhalten;
- im Bundeshaushalt die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass der Bund seine Bildungs- und Forschungsaufwendungen im notwendigen Umfang steigern kann und bis 2013 wie von ihm angekündigt mindestens 12 Mrd. Euro zusätzlich zur Verfügung stellt;
- einen Gesetzentwurf vorzulegen, der einen Aufschlag auf den Spitzensteuersatz auf hohe Einkommen beinhaltet (Bildungssoli), mit dem ein Beitrag zur Finanzierung der Bildungsmaßnahmen geleistet wird;
- die Verbindlichkeit in der aktiven Arbeitsmarktpolitik zu sichern, indem u.a. der Rechtsanspruch auf Nachholen eines Hauptschulabschlusses und der Rechtsanspruch auf den Spracherwerb vollumfänglich erhalten bleibt;
- auf die Länder dahingehend einzuwirken, dass die bereits geplanten Ausgabensteigerungen in Bildung und Forschung auch realisiert werden und bereits angekündigte Ausgabenkürzungen zurück genommen werden,
- darauf hinzuwirken, dass Bund und Länder die bereits vereinbarte Ausfinanzierung der übererfüllten ersten Phase des Hochschulpaktes sowie der jährlichen 5-Prozent-Steigerung im Pakt für Forschung und Innovation sicherstellen;
- darauf hinzuwirken, dass Bund und Länder auf der Konferenz der Regierungschefs am 10. Juni 2010 die Ausfinanzierung der gemeinsam festgestellten Finanzierungslücke von 13 Mrd. Euro in 2015 sicherstellen;

- darauf hinzuwirken, dass Bund und Länder auf der Konferenz der Regierungschefs am 10. Juni 2010 einen nationalen Bildungspakt zur Stärkung der Bildungsinfrastrukturen auf den Weg bringen, der folgende Eckpunkte beinhaltet:
  - Gegenseitige Verpflichtung, bei den notwendigen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung die Aufwendungen für Bildung und Forschung nicht zu kürzen, sondern wie vereinbart zu steigern;
  - Verbindliche Vereinbarungen für den weiteren Ausbau und einheitliche Qualitätsstandards in der frühkindlichen Bildung;
  - Verbindliche Vereinbarungen für eine Fachkräfteoffensive bei Erzieherinnen und Erziehern;
  - Verbindliche Vereinbarungen für den flächendeckenden Ausbau der Ganztags-schulangebote;
  - Verbindliche Vereinbarungen für eine bessere Personal- und Sachausstattung von inklusiven Kitas, Kindergärten und Schulen;
  - Verbindliche Vereinbarungen für eine schrittweise Gebührenfreiheit von Anfang an;
  - Verbindliche Vereinbarungen zur Sicherung der Bildungsteilhabe, etwa über einen bedarfsgerechten Schulsozialfond für ein kostenloses warmes Mittagessen an Kitas und Schulen und für Lernmittelfreiheit;
  - Verbindliche Vereinbarungen für die Schaffung eines Inklusiven Bildungssystems, eine schrittweise Abschaffung der Förderschulen sowie die ausreichende Deckung des förderpädagogischen Bedarfes in den Regelschulen;
  - Verbindliche Vereinbarungen für einen kostenlosen Förderunterricht überall sowie für eine flächendeckende Schulsozialarbeit;
  - Verbindliche Vereinbarungen für eine angemessene Ausstattung des Lehrpaktes sowie für eine Bologna-Umsetzung, die auch Zeitfenster für die gesellschaftliche Verantwortung sowie eigenverantwortliches Lernen und Erfahren stärkende Studieninhalte vorsieht;
  - Verbindliche Vereinbarungen für die notwendige langfristige Absicherung der zusätzlichen Bildungsmittel von Bund und Ländern;
  - Gemeinsame Initiative zur Überwindung des verfassungsrechtlichen Kooperationsverbotes im Grundgesetz;
- dem Deutschen Bundestag jährlich über die Entwicklung der vereinbarten Maßnahmen des nationalen Bildungspaktes zu berichten.

Berlin, den 8. Juni 2010

**Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion**